

II - 2092 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1142 IJ

1987 - 10 - 29

A N F R A G E

der Abgeordneten PROBST und Dr. GUGERBAUER
an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten
betreffend Visapflicht für Frankreich-Besucher aus Nicht-EG-Staaten

Am 14. September 1986 haben die französischen Behörden eine Visum-Pflicht für alle Ausländer eingeführt, mit Ausnahme für solche, die Angehörige eines EG-Mitgliedstaates, Schweizer oder Liechtensteiner sind. Eine solche Vorgangsweise ist diskriminierend für Österreich und auch für andere Mitglieder des Europarates. Ein Drittel der Delegierten zum Europarat können an Sitzungen in Straßburg oder Paris nicht teilnehmen, ohne vorher ein Visum erhalten zu haben. Die Unterzeichneten sehen dies als ein Beispiel von Nachteilen und Diskriminierungen, die Österreich und anderen europäischen Staaten durch Nichtmitgliedschaft in der EG drohen.

Obwohl sowohl die betroffenen Staaten als auch der Präsident des Europarates die französische Regierung ersucht haben, diese diskriminierende Visum-Pflicht aufzuheben, blieb diese aufrecht.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen aus diesen Gründen an den Herrn Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten die nachstehende

A n f r a g e :

1. Sind Sie bereit dafür einzutreten, daß der Europarat bis zur Aufhebung der diskriminierenden Visapflicht in anderen Staaten als in Frankreich zusammentreift?
2. Wenn ja, welche konkreten Schritte werden Sie diesbezüglich unternehmen?